

## Im Spannungsfeld zwischen Diversitätsanspruch und Fremdheitsproduktion

# Integration nachhaltig gestalten

**Fragen der Integration werden auch in Österreich außerordentlich kontroversiell und emotional aufgeladen diskutiert. Über viele Jahre wurden diese vor dem Hintergrund abgehandelt, ob Österreich ein Einwanderungsland ist. Verschärft stehen diese Auseinandersetzungen in Folge des Menschenrechtssommers 2015 im Fokus, wobei die Willkommenskultur durch ein rigides Grenzregime und einen entsprechend nationalistischen Diskurs abgelöst wurde.**

Die nüchternen empirischen Fakten verweisen darauf, dass auch die Rede von der Zuwanderungsgesellschaft längst nicht mehr die gesellschaftlichen Realitäten abbildet. Flucht und Migration, die im Übrigen die geschichtliche Regel und nicht die Ausnahme darstellen, haben in einem Ausmaß zur Vertiefung gesellschaftlicher Heterogenitäten beigetragen, das die Verwendung des Begriffes „Migrationsgesellschaft“ nahelegt. Danach haben nicht lediglich schutzsuchende Flüchtlinge und zugewanderte Menschen Adressaten von Integrationsbemühungen zu sein, die die Teilhabe an einer als homogen phantasierten Aufnahmegesellschaft intendieren. Vielmehr müssen alle Mitglieder der Gesellschaft und insbesondere auch die Repräsentanten von Regelsystemen wie der Schule und Einrichtungen der Weiterbildung befähigt werden, mit gesellschaftlicher Vielfalt nichtdiskriminierend umzugehen. Im vorherrschenden Diskurs allerdings bezieht sich der Begriff „Integration“ nach wie vor in einem kompensatorisch verstandenen Sinn hauptsächlich auf Flüchtlinge und zugewanderte Menschen, deren Defizite behoben werden müssten.

## Großes Engagement für Flüchtlinge

Österreich hat im Jahr 2015 im europäischen Vergleich mit rund 90.000 Asylwerbern eine vergleichsweise hohe Anzahl an schutzsuchenden Menschen aufgenommen. Aufgrund restriktiver politischer und administrativer Maßnahmen wurde 2016 die von der Regierung festgelegte Obergrenze von 37.500 Asylansuchen unterschritten. Insbesondere in der ersten Phase kümmer-

te sich, in Ergänzung zur Arbeit arrivierter NGOs und öffentlicher Einrichtungen, auf ehrenamtlicher Basis österreichweit eine Vielzahl an Einzelpersonen und neu gegründeten Initiativen und Vereinen um die Anliegen der Flüchtlinge, etwa am Bahnhof in Wien oder auch an der Grenze zu Ungarn und Slowenien. Ging es zunächst vor allem um Erstversorgung und Unterbringung, wurden schon bald niederschwellig organisierte Deutschkurse und Betreuungsangebote auf die Beine gestellt und auch Begegnungsorte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen geschaffen. Die Qualität der pädagogischen Arbeit ist dabei natürlich sehr unterschiedlich. Neben eher lose strukturierten Angeboten war und ist das ehrenamtliche Engagement teils auf einem professionell hochwertigen Niveau angesiedelt, vor allem dann, wenn es von erfahrenen Mitarbeitenden aus dem NGO-Bereich begleitet wird. Was die Akzeptanz von Asylbewerbern durch die einheimische Bevölkerung anbelangt, so ist diese insbesondere dann gegeben, wenn es auf Gemeindeebene starke Netzwerke gibt, in denen privat und kirchlich engagierte Menschen mit kommunalpolitisch Verantwortlichen kooperieren.

Erst im Laufe des Jahres 2016 wurden in allen österreichischen Bundesländern Deutschkurse umgesetzt, die vom Innenministerium und den Ländern finanziert werden. In einer Studie des Vereins SOS Mitmensch wird festgehalten, dass die Umsetzung in einzelnen Bundesländern mangelhaft ist, etwa was die Flächendeckung und die pädagogische Qualität, teils aber auch den späten Start der Maßnahmen ab Herbst 2016 betrifft. Die Zuständigkeit für die Finanzierung von Deutschkursen liegt in der Verantwortung von drei



Robert Reithofer, langjährige Mitarbeit in der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, seit 1990 Geschäftsführer von ISOP – Innovative Sozialprojekte GmbH, engagiert in den Bereichen Soziales, Arbeitsmarkt, (Basis)Bildung, Flucht & Migration, Sozio- und Interkultur sowie Diversität und Antidiskriminierung

Robert.Reithofer@isop.at

Ministerien. Die Fragmentierung der politischen Verantwortlichkeiten je nach Rechtsstatus und Niveaustufe der Teilnehmenden hat zur Folge, dass sich die Schaffung von Anschlussperspektiven schwierig und mühselig gestaltet, weil die rechtliche Zersplitterung der Zielgruppen ja keinerlei pädagogische Grundlagen hat. Noch 2015 war man etwa im Bundesland Steiermark bestrebt, ein flächendeckendes Angebot an Deutschkursen für alle hier lebenden Menschen mit legalem Aufenthalt zu schaffen, das unabhängig vom jeweiligen Rechtsstatus zugänglich sein sollte und sich ausschließlich an pädagogischen Erfordernissen orientiert. Seither allerdings ist die Entwicklung österreichweit gegenläufig.

### Qualifikationen angemessen verwerten

Flüchtlinge und zugewanderte Menschen bringen außerordentlich heterogene Kompetenzen und Qualifikationen mit. Je nach Ausrichtung einzelner Studien beziehungsweise je nach Rechtsstatus der befragten Personen unterschiedlich, lässt sich sehr allgemein festhalten, dass ein großer Bedarf an Basisbildung besteht, gleichzeitig allerdings der Anteil von Menschen mit hohen Qualifikationen insbesondere bei Flüchtlingen höher ist als der entsprechende Anteil an hochqualifizierten Menschen unter nicht Zugewanderten. Seit einigen Jahren gibt es in Österreich Einrichtungen, die sich um die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen kümmern, seit 2016 richten sich diese teils spezifisch an Flüchtlinge. Aufgrund der Gesetzeslage und der diesbezüglichen Bürokratie können allerdings nach wie vor bestehende Qualifikationen oft nicht angemessen verwertet werden. Beispielfür dafür steht eine Erhebung des Arbeitsmarktservice Wien, bei dem eine größere Anzahl an vorgemerkten arbeitssuchenden Ärztinnen und Ärzten trotz entsprechender Nachfrage am Arbeitsmarkt nicht ihrer Ausbildung entsprechend in Arbeit gebracht werden können.

### Breites Angebot an Basisbildung

Die in den österreichischen Bundesländern durchgeführten Basisbildungskurse werden überwiegend im Rahmen der Initiative Erwachsenenbildung des Bildungsministeriums und der einzelnen Länder umgesetzt. Grundsätzlich richten sich diese an alle in Österreich lebenden Menschen mit Basisbildungsbedarf, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen.

Entsprechend breit gestreut ist das Angebot. Teils orientieren sich die Curricula an gemischten Gruppen, sind also für Flüchtlinge und Menschen mit und ohne unmittelbaren Migrationshintergrund vorgesehen, teils werden spezifische Alphabetisierungskurse durchgeführt oder auch Kurse, die eigens für Flüchtlinge konzipiert wurden und entsprechend vor allem die Förderung sprachlicher Kompetenzen fokussieren. Bei Weitem nicht flächendeckend sind die Kurse, die speziell auf die Bedürfnisse von Flüchtlingsfrauen Rücksicht nehmen und die auch eine begleitende Kinderbetreuung anbieten.

Ein eigener Programmschwerpunkt der Initiative Erwachsenenbildung widmet sich dem Nachholen von Pflichtschulabschlüssen. Manchmal sind diese Kurse, wie auch im Bereich der Basisbildung, für Flüchtlinge konzipiert. Zudem werden sehr erfolgreich Projekte durchgeführt, die Menschen mit und ohne unmittelbaren Migrationshintergrund einbeziehen, wobei besonderes Augenmerk darauf gelegt wird, die heterogenen Ausgangslagen der Teilnehmenden konstruktiv im Sinne des gemeinsamen Zieles zu nutzen, nämlich den Pflichtschulabschluss nachzuholen.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Initiative Erwachsenenbildung den bestehenden Bedarf bei Weitem nicht abdeckt. Dies gilt vor allem auch für die Zielgruppe der Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem müssten nachdrücklicher innovative Entwicklungsprojekte gefördert werden, die wissenschaftlich begleitet werden, um den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Teilnehmenden besser gerecht werden zu können. Einer Professionalisierung bestehender Regelsysteme kommt in dem Zusammenhang eine große Bedeutung zu, da diese sowohl im schulischen Feld als auch in jenem der Weiterbildung bislang nur sehr unzureichend befähigt sind, mit Vielfalt kompetent umzugehen.

### Minderjährige Flüchtlinge unterstützen

Ein besonders sensibles und wichtiges Arbeitsfeld bezieht sich auf die Gruppe der minderjährigen Flüchtlinge, insbesondere auf jene, die unbegleitet nach Österreich gekommen sind und nicht mehr der Schulpflicht unterliegen. In Wien wurde 2016 ein Jugend College eingerichtet, das in einem modular aufgebauten System auf den Besuch weiterführender

Schulen und berufliche Ausbildungen vorbereitet. In der Steiermark wurde Ende 2015 das Programm „Zukunft.Bildung.Steiermark“ initiiert, das seither in einem Verbund von Bildungseinrichtungen umgesetzt wird. Nach einer Pilotphase wird seit dem Schuljahr 2016/17 ein nahezu flächendeckendes Programm umgesetzt. Den einzelnen Kursen wurde eine Kompetenzerhebung vorgeschaltet, die für alle Interessenten verbindlich ist. Sowohl schriftlich als auch mündlich werden die Kompetenzen der jugendlichen Flüchtlinge erhoben, und zwar in den Feldern Basisbildung, Deutsch, Englisch, Mathematik sowie im Bereich sozialer Kompetenzen, wobei auch eruiert wird, ob die Jugendlichen über Fertigkeiten verfügen, die einem Pflichtschulabschluss in Österreich entsprechen. Hintergrund dafür ist, dass nur ein sehr kleiner Teil der jungen Flüchtlinge über ein Pflichtschulzeugnis aus dem Herkunftsland verfügt. Jener größere Teil der Jugendlichen, die Basisbildungsbedarf haben, wird in außerschulischen Kursen aufgenommen, die neben Alphabetisierungsmodulen, Rechnen, Lesen, Schreiben und Englisch auch Bildungs- und Berufsberatung anbieten. Ziel ist die Vorbereitung auf das Nachholen des Pflichtschulabschlusses, den Einstieg in weiterführende Schulen oder die Aufnahme eines Lehrberufes. Eigene Lehrgänge des Bildungsministeriums wurden für Flüchtlingsjugendliche mit Pflichtschulabschluss in weiterführenden beziehungsweise berufsbildenden Schulen eingerichtet, wobei die Zielgruppe zum größeren Teil faktisch nicht die Voraussetzungen für eine Teilnahme erfüllt.

2016 wurde von der Regierung im Übrigen eine Ausbildungspflicht für Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren beschlossen, von der allerdings Asylwerber ausgenommen sind.

## Höhere Bildung ermöglichen

Mit Blick auf die österreichische Situation lässt sich festhalten, dass Flüchtlinge und zugewanderte Menschen in niederschweligen Beratungs- und Bildungsangeboten weit über-, in teuren Angeboten der Berufsbildung dagegen unterrepräsentiert sind. Zugänge zu höherer Bildung zu ermöglichen, ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Zukunftsaufgabe. Diesbezügliche Pilotprojekte, die etwa durch das Bildungsministerium gefördert werden, müssten systematisch ausgebaut und in Regel-

angebote übergeführt werden. Nach der Absolvierung von Basisbildungs- und Deutschkursen sind weitere Bildungs- und Berufswege oft blockiert. Hier ginge es darum, daran zu arbeiten, dass künftig erfolgreicher bildungs- und berufsbezogene Anschlussperspektiven hergestellt werden können. Die Frage der Anerkennung von Kompetenzen spielt in dem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Insbesondere in öffentlichen Einrichtungen sind Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Jene, die einen sozialen Aufstieg unter vergleichsweise schwierigeren Voraussetzungen schaffen, können – wie vereinzelte positive Beispiele zeigen – eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen.

## Gleichberechtigte soziale Teilhabe

Integration, in einem inklusiven Sinne verstanden als die Befähigung zur gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe, muss daraus resultierende Anstrengungen zur Folge haben, die die Aufnahmegesellschaft und ihre Repräsentanten bilden. Beispielhaft dafür stehen etwa in der Steiermark Lehrgänge zur interkulturellen Kompetenzbildung, die sich berufsbegleitend an Mitarbeitende im öffentlichen und privaten Bereich richten, die in Folge ihre erworbenen Diversitätskompetenzen am Arbeitsplatz etwa auf Gemeindegemeinschaften einbringen können. Ein weiteres ambitioniertes Projekt hatte die Bildung struktureller und inhaltlicher interkultureller Diversitätskompetenzen im Steirischen Beschäftigungspakt zum Ziel. Relevante Akteure von Land, Stadt, Arbeitsmarktservice sowie Sozialpartner und Vertreter von NGOs und Selbstorganisationen und in Folge leitende Angestellte in Bildungseinrichtungen bearbeiteten dieses Feld unter anderem mit dem Ziel, die Bedürfnisse von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund angemessen im Planungs- und Umsetzungsprozess von Bildungsangeboten zu berücksichtigen.

Abschließend sei festgehalten, dass die Frage, inwieweit die in diesem Beitrag angesprochenen Initiativen nachhaltig dazu beitragen können, dass geflüchtete und zugewanderte Menschen in Österreich Fuß fassen können, auch mit der Qualität der Beratungs- und Bildungsangebote zu tun hat. Allerdings können diese nicht die Auswirkungen nationalistischer und rassistischer Fremdeitskonstruktionen im Integrationsdiskurs kompensieren. ■